

## Mehr Information – mehr Mitwirkung für die Einwohner

Eva Strys, Stadtverordnete / Fraktion Die LINKE



Ein wichtiges demokratisches Instrument für die Information und Einbeziehung der Einwohner kann die „Einwohnerbeteiligungssatzung“ sein. Der Begriff „Einwohner“ umfasst nicht nur alle Wahlberechtigten (das sind die „Bürger“) sondern tatsächlich alle in unserer Stadt lebenden Menschen.

Seinerzeit war schon wenige Wochen nach der Kommunalwahl am 26.02.2009 eine „Einwohnerbeteiligungssatzung“ beschlossen worden, die aus heutiger Sicht ihren Namen nicht verdient. Sie regelt kaum mehr als die ohnehin in der Kommunalverfassung enthaltenen Rechte. Zudem dürfte sie derzeit sogar unwirksam sein, denn bei der vom Bürgermeister proklamierten Überarbeitung und Neufassung aller Satzungen war diese offenbar „vergessen“ worden.

Schon im April d.J. hat die Bürgerinitiative „Lebenswerte Altstadt Altlandsberg“ den Entwurf einer neuen Einwohnerbeteiligungssatzung als Diskussionsgrundlage vorgelegt und den Bürgermeister sowie alle Stadtverordneten zu einer Gesprächsrunde eingeladen. Diese Initiative wurde von den Stadtverordneten der Fraktionen der Linken, der SPD und der Bürgerfraktion dankbar aufgegriffen.

Im Ergebnis dieser Beratung haben wir in der Maisitzung des Finanzausschusses eine fortgeschriebene Entwurfsfassung erarbeitet. Diese wird gegenwärtig von der Verwaltung auf die rechtliche Zulässigkeit geprüft. Die Bürgerinitiative und die genannten drei Fraktionen ringen um eine beschlussfähige Endfassung. Nach Beratung in den Ortsbeiräten soll sie möglichst im Oktober als gemeinsame Vorlage der drei Fraktionen in die SVV eingebracht werden.

Mir wurde die Federführung für die Erarbeitung der

einreichenden Beschlussvorlage übertragen. Somit erlebe ich hautnah, wie schwer es sein kann, recht unterschiedliche Auffassungen der Beteiligten zu einem Konsens zu führen. Teils kontroverse Diskussionen zeigen, wie ernsthaft wir uns um eine gute und einvernehmliche Lösung und Neufassung der Satzung bemühen.

Mit der neuen Einwohnerbeteiligungssatzung soll geregelt werden, wie z. B. die Einwohnerfragestunden in der SVV, in den Ausschüssen und in den Ortsbeiratssitzungen gestaltet werden, wie die Unterrichtung der Einwohner erfolgt und wie sie durch Einwohner- oder Anliegersversammlungen besser einbezogen werden. Der Bürgermeister und seine Verwaltung sollen mehr als bisher in die Pflicht genommen werden.

Die Bürger sollen neue Möglichkeiten erhalten, ihre Anliegen vor Ort zuerst in den Ortsbeiratssitzungen anzubringen, die dort unmittelbar von einem Vertreter der Verwaltung entgegengenommen oder beantwortet werden sollen. Die Sitzungen der SVV könnten somit zeitlich wesentlich entlastet werden. Die neue „Einwohnerbeteiligungssatzung“ soll der optimalen Information der Einwohner dienen, die Möglichkeiten ihrer Mitwirkung aufzeigen und die Souveränität der Stadtverordnetenversammlung und die rechtlichen Rahmenbedingungen gewährleisten.

Es bleibt zu hoffen, dass sich eine breite politische Mehrheit findet, die diese Satzung auf den Weg bringt und dass die Altlandsberger ihre Rechte dann auch umfassend nutzen.

Die aktuelle Diskussionsgrundlage des Satzungsentwurfs kann unter [www.dielinke-altlandsberg.de](http://www.dielinke-altlandsberg.de) eingesehen werden. Gern nehme ich auch noch Hinweise unter

[eva.strys@dielinke-altlandsberg.de](mailto:eva.strys@dielinke-altlandsberg.de)

entgegen.

### Impressum

Stadtverband der LINKSPARTEI der Stadt  
Altlandsberg, V.i.S.d.P. Eva Rohmann,  
Kontakt: Tel. 033439 / 81754  
e-mail: [rohrmann@dielinke-altlandsberg.de](mailto:rohrmann@dielinke-altlandsberg.de)  
Sie finden uns im Internet unter  
[www.dielinke-altlandsberg.de](http://www.dielinke-altlandsberg.de)



Infoblatt des Stadtverbandes der  
LINKSPARTEI in Altlandsberg

**DIE LINKE.**

Für neue soziale Ideen

für die Bürger \* erscheint alle zwei Monate \* Ausgabe September 2012

### Inhalt

- Bundes- und Landtagswahlen 2013/14 werfen ihre Schatten voraus - Eva Rohmann
- Wie gehen wir heute und zukünftig mit dem Geld der Stadt um? - Eva Strys
- SVV vom 23. August 2012 - Dr. Werner Stephan
- Mehr Information – mehr Mitwirkung für die Einwohner - Eva Strys

### Wie gehen wir heute und zukünftig mit dem Geld der Stadt um?

Langweiliges Thema? – Nein, es geht um Ihre Steuergelder!

Unter diesem Motto laden wir alle interessierten Einwohner zu einem Bürgerforum ein am Donnerstag, den 20.09.2012 um 19 Uhr ins Haus der Generationen

### Bundestagswahl 2013 und Landtagswahl 2014 werfen ihre Schatten voraus

Eine persönliche Meinung von Eva Rohmann, Bruchmühle

Ich verstehe es nicht mehr und viele politisch interessierte Bürger auch nicht. Gerade erst wurde auf Bundesebene bei der LINKEN eine positive, nach vorn zeigende Lösung gefunden. Es wird sich wieder auf wichtige politische Fragen im Interesse vieler Menschen konzentriert, wie z.B.

- Schutz vor prekärer Arbeit (Niedriglohn und Leiharbeit)
- Kampf gegen den Fies-Kahl-Pakt (Klage vor dem Bundesverfassungsgericht)
- Offensive für das Öffentliche (Wasser, Strom, Bildung, Gesundheit.....)

und zuletzt die Ankündigung von Bernd Riexinger, die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau zu einem Wahlkampfthema zu machen.

Und nun geht es in Brandenburg los. Im einzigen Bundesland, das noch eine rot-rote Regierung aufweisen kann. Da wird in der Linksfraktion gestritten und zurückgetreten, sich gegenseitig Schuld zugewiesen und eigentlich weiß keiner so richtig, worum es geht. Warum kann man oder frau nicht einfach sagen: 20 Jahre sind genug, ich will und kann nicht mehr diese Verantwortung tragen! Das versteht doch jeder! Oder warum setzt man sich nicht rechtzeitig hin und geht offen miteinander um, wenn es Kritik und persönliche Befindlichkeiten betrifft?

Politische Arbeit habe ich immer so verstanden und versucht danach zu handeln, dass man um ein gemeinsames Anliegen oder eine Sache ringt, bei deren Realisierung man durchaus unterschiedlicher Meinung

sein kann. Darüber lohnt es sich, zu streiten.

Es bleibt zu hoffen, dass es nun das Ziel von Landesvorstand und Landtagsfraktion in Brandenburg ist, im Mannschaftsspiel, wie Christian Göhrke, der neue Fraktionsvorsitzende sagt, die Wahljahre 2013 und 2014 vorzubereiten. Da haben wir nämlich sehr zu kämpfen, um die Wähler zu überzeugen. Dazu brauchen wir eine Landes- und Kommunalpolitik, die das Profil der LINKEN deutlicher zeigt und sich von den anderen Parteien, auch von der SPD, deutlich abgrenzt. Vor allem muss viel klarer gesagt werden, was durch den Druck der LINKEN in Brandenburg bereits erreicht wurde.

Das ist nicht wenig, wie z.B.

- die Lohnuntergrenze für Aufträge der öffentlichen Hand von 8,50 Euro
- mehr Erzieherinnen in den Kitas und deren Qualifizierung
- bessere Schule für alle (20 Millionen Euro)
- Künftige bessere Finanzausstattung der Kommunen (50 Millionen Euro)
- Ab dem Jahr 2014 keine neuen Schulden in Brandenburg

Und, liebe Leute im Landtag, kommt noch öfter zu uns, damit ihr noch besser wisst, womit wir uns rumschlagen und was los ist, hier, bei uns, in den kleinen Städten und Dörfern unseres schönen Landes Brandenburg.



Wie gehen wir heute und zukünftig mit dem Geld der Stadt um?  
Langweiliges Thema ? – Nein, es geht um Ihre Steuergelder!

Eva Stryz, Stadtverordnete / Fraktion Die LINKE

Unter diesem Motto laden wir alle interessierten Einwohner am Donnerstag, den 20.09.2012 um 19 Uhr ins Haus der Generationen zu einem Bürgerforum ein.

Als Vorsitzende des Finanzausschusses mache ich mir Sorgen um die Finanzen der Stadt.

In diesem Jahr nehmen all die Bauvorhaben Gestalt an, über die wir so viele Jahre beraten und gestritten, die wir beschlossen, geplant und immer wieder verschoben haben und für die nun sogar beträchtliche Fördermittel bewilligt wurden. Der Bau von Leichtathletikanlage in Altlandsberg und Bruchmühler Bürgerhaus sind in vollem Gang, das Multifunktionsgebäude am Sportplatz, der Hortneubau und der Gehwegbau in Bruchmühle stehen in den Startlöchern. In Wegendorf warten die Bürger seit drei Jahren auf den versprochenen Bolzplatz und es soll die Straßenbeleuchtung in der Alten Schulstraße erneuert werden. Geplante Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt und der Lückenschluss des Radweges ZR 1 an der Krummenseestraße erfordern die Zufinanzierung durch städtische Mittel. Da wäre auch der Straßenbau im Scheunenviertel kaum noch ins Gewicht gefallen, der nun aber kaum erfolgen wird, da bis heute keine Einigung zur Ausbauform erzielt werden konnte. Aber er wird kommen müssen, im nächsten Jahr.

Auf der Agenda haben wir dann noch den Straßenbau und die Erweiterung des Gewerbegebietes „An der Mühle“, die Sanierung der Straßen in der Altstadt, die Sanierung der Kita Straße des Friedens, der Straßenausbau nach Neu Hönow, die Entwicklung des Schlossareals mit Gutshaus Schlosskirche, Domänenhof und einer Reihe von anliegenden Flächen, der Radwegbau von Gielsdorf nach Strausberg. Diese Aufzählung umfasst nur die kostenintensivsten Maßnahmen.

Bei den Pflichtaufgaben der Stadt, wie Schule, Kita, Feuerwehr und Verwaltung, besteht kaum noch Einsparpotential. Im Gegenteil, auch hier sind Ersatzinvestitionen und Erhaltungsmaßnahmen erforderlich. Natürlich wollen keine Abstriche bei der Zufinanzierung zum Kita- und Schulesen, bei der Förderung unserer Vereine, bei den Zuschüssen zu den

Ortsteilfesten und den vielen anderen freiwilligen Aufgaben.

Mit dem Beschluss des Haushalts 2012 konnte uns der Bürgermeister glaubhaft machen, dass wir in diesem Jahr noch nicht in die roten Zahlen kommen. Wir mussten es glauben, denn Eröffnungsbilanz und Jahresabschluss 2011 liegen noch nicht vor. Aber schon für das kommende Jahr, in dem wir die finanzielle Hauptlast des Großprojekts Hortneubau zu tragen haben, könnte das anders aussehen. Ohne die Aufnahme eines Millionenkredits werden wir nicht auskommen.

Am vergangenen Samstag haben Hans Gottschling, Vorsitzender der Linksfraktion und ich erneut an einer Weiterbildungsmaßnahme zum Thema Kommunalfinanzen teilgenommen. Wir bemühen uns ständig, unseren Horizont zu erweitern und unserer Verantwortung für die Stadt und deren Finanzlage gerecht zu werden. Zunehmend fällt uns dies aber schwerer. Seit anderthalb Jahren hat die Stadt keinen Kämmerer mehr. Die zentrale Funktion der Haushaltssteuerung und -überwachung ist damit unbesetzt. Ein sehr unbefriedigender Zustand.

Als Linksfraktion sehen wir unsere Verantwortung darin, den Bürgern reinen Wein einzuschenken, nicht nur stolz die neuen Bauwerke einzuweihen und auf Erfolge zu verweisen. Schon im nächsten Haushaltsjahr wird ein Umdenken und Umsteuern erforderlich sein. Dazu müssen wir die Bürger unserer Stadt einbeziehen, sie aufklären, mitdenken und mitwirken lassen. Verschiedene Kommunen arbeiten mit einem „Bürgerhaushalt“. Schnellstmöglich sollte geprüft werden, ab wann im Rathaus die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, damit die Bürger entscheidend mitwirken können bei der Festlegung von Prioritäten.

Diskutieren Sie mit uns!

Das war wieder ein Programm...  
(Stadtverordnetenversammlung SVV vom 23.August 2012)

Dr. Werner Stephan, Stadtverordneter seit April 2012

Es standen wieder viele Themen auf der Tagesordnung der letzten SVV. Viele Besucher wie auch die gewählten Verordneten erlebten Spannendes, Wichtiges und Absurdes.

Eine Vielzahl von Niederschriften vergangener Tagungen sollten bestätigt, über den verspäteten Eingang von Einwendungen abgestimmt werden. Bruchmühle bekommt erst mal kein neues Gewerbegebiet (die Erstellung des Bebauungsplanes war dem Antragsteller zu teuer), der Verkauf von Gemeindegrundstücken in Bruchmühle soll vorbereitet werden. Beides fand neben der Bestätigung der Vorlage der Wahlleiterin zum Ergebnis des Abwahlverfahrens im März die Zustimmung der Verordneten.

Es war aber für mich unverständlich, dass wiederum Beschlussvorlagen durch die Verwaltung nicht ausreichend vorbereitet und deshalb vertagt wurden. So geschehen bei der Vorlage zum Flächennutzungsplan und dem Bebauungsplan für ein „Sondergebiet Solarpark an der Hönow Chaussee“.

Es ist absurd, wenn mit einer Firma schon Gespräche geführt werden und es noch gar nicht klar ist, wie eigentlich die privaten Eigentümer eines Grundstückes zu den Bebauungsplänen stehen. Oder sollten wir auf mündliche Aussage der Firma über die Einwilligung der Eigentümer abstimmen?

Eine wichtige Frage blieb für mich in diesem Zusammenhang im Raum stehen. Was hat eigentlich die Gemeinde von solchen energiepolitischen Entscheidungen? Sollten wir aus meiner Sicht nicht mal über eine dezentrale Versorgung mit Energie nachdenken? Die AG „Erneuerbare Energien“



könnte sich da sicher deutlich einbringen, wenn sie gefragt wird.

Vertagt wurde auch der Beschluss über eine AG Hortneubau. Für mich nachvollziehbar, dass hier eine konkrete Aufgabenstellung für diese AG und die Beteiligung aller Fraktionen eingefordert wird.

Eines wurde im Verlauf der Versammlung als auch bei der Einwohnerfragestunde wieder sehr deutlich: Welche Rolle spielen eigentlich im Denken des Hauptverwaltungsbeamten/ Bürgermeisters die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und welche Arbeitsaufgaben haben die Ortsbeiräte, wenn sie nur unzulänglich oder gar nicht in die Kommunikation über Vorhaben der Stadt einbezogen werden?

Dort liegt eine große Fachkompetenz brach oder Mitglieder geben auf, weil sie in ihren Auffassungen nicht geachtet werden. Wie hieß es doch im Abwahlkampf? Der Bürgermeister wird sich um eine Verbesserung der Kommunikation bemühen –

na dann man los!